

Wieviel Geld für eine andere Welt?

von

Heiner Flassbeck

WuM, Mai 2002

Sie haben es wahrscheinlich nicht gemerkt: Ende März hat in Monterrey, Mexiko, eine von den Vereinten Nationen organisierte Konferenz stattgefunden, die ein Zeichen setzen sollte im Hinblick auf die künftige Finanzierung von Entwicklung und Wohlstand in dieser Welt. Finance for Development hieß das hoffnungsvoll begonnene Unterfangen, das, über Jahre von vielen internationalen Organisationen der Welt vorbereitet, ein Zeichen setzen sollte für ein neues Verhältnis von Industrieländern zu Entwicklungsländern, von arm zu reich. Nicht nur die Staaten wollten sich an ihr einst beschlossenes Ziel erinnern, 0,7 Prozent ihres Sozialprodukts den ärmsten Ländern als unmittelbare Hilfe zu Verfügung zu stellen, nein, auf der Agenda stand z. B. auch, wie der globalisierten Wirtschaft ein vernünftiges monetäres Korsett eingezogen werden kann.

Herausgekommen ist nicht viel aus dieser Konferenz. Schon im Vorfeld war zu erkennen gewesen, daß keine Regierung den Mumm aufbringen würde, das 0,7 Prozent-Ziel ernsthaft ins Auge zu fassen, von großen Entwürfen für eine neue Finanzordnung ganz zu schweigen. Insgesamt gibt es nur fünf Länder in der entwickelten Welt, die sich moralisch und politisch an das selbstgesteckte Ziel von 0,7 Prozent gebunden fühlen. Vielleicht wissen Dänemark, die Niederlande, Schweden, Norwegen und Luxemburg aber auch, daß man mit dem Geld mehr Nutzen stiftet als es kostet.

Vordergründig verstecken sich all' diejenigen, die weit darunter bleiben, hinter der bequemen und doch grundlegend falschen Argumentation, die Vergangenheit habe ja bewiesen, daß mit staatlicher Hilfe letztlich nichts zu erreichen sei. Länder, die relativ viel Hilfe erhalten, seien nicht gerade besonders erfolgreich und andere, die wenig oder nichts erhalten, hätten bewiesen, daß es auch ohne direkte Hilfe zu schaffen sei. Man muß ein solches Argument nur einmal auf den bundesdeutschen Länderfinanzausgleich anwenden, um zu sehen, wie unsinnig es ist. Natürlich hat offizielle Hilfe in einigen Fällen nicht das gewünschte oder erwartete Ergebnis gebracht, daraus zu folgern, weniger Hilfe sei ebenso gut wie mehr Hilfe ist zynisch und gedankenlos.

Auch das beliebte Argument, private Kapitalzuflüsse müßten heutzutage den Großteil der staatlichen Hilfe ersetzen, führt in die Irre. Direktinvestitionen privater Unternehmen haben in vielen Ländern eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung gespielt, konzentrieren sich aber dennoch auf die Länder, die es ohnehin schon geschafft haben, eine gewisse Eigendynamik in Gang zu setzen. Dort, wo es darum geht, die Grundvoraussetzungen für Märkte, in Form von Infrastruktur und funktionierenden Verwaltungen beispielsweise, erst zu schaffen, spielen private Zuflüsse keine Rolle. Sicher sind auch viele Vorwürfe an die Adresse der Entwicklungsländer richtig, doch Korruption und Vetternwirtschaft, einseitige Bereicherung der Eliten und Mißbrauch von Geldern für Rüstungszwecke, sind keine auf die ärmsten Länder der Welt beschränkten Phänomene.

Deutschland hat in der Vorbereitung der Konferenz von Monterrey eine besonders unrühmlich Rolle gespielt, weil es nicht einmal das von der Europäischen Union verkündete (und im Vergleich zu 0,7 fast halbierte) Ziel von 0,39 Prozent mittragen wollte bzw., nach eigener Einschätzung nicht mittragen konnte. Die Haushaltskonsolidierung stehe dem im Weg, mußte der deutsche Außenminister in Brüssel sagen, und man fragt sich, wie das jemandem über die Lippen geht, der sich einst die Befreiung der Entwicklungsländer vom kapitalistischen und kolonialistischen Joch auf die Fahnen geschrieben hatte und der heute immerhin fordert, den Terrorismus nicht nur militärisch zu bekämpfen.

0,27 Prozent hat Deutschland nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr aufgebracht. Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 2000 Mrd. Euro sind das 5,4 Mrd. Euro. 0,33 Prozent, das Ziel, auf das sich Deutschland schließlich eingelassen hat, sind nach Adam Riese 1,2 Mrd. mehr, also 6,6 Mrd. Euro. Das Ziel von 0,39 Prozent, das die EU Kommission angestrebt hätte, wären sage und schreibe 2,5 Mrd. Euro mehr gewesen. Wenn man zur Kenntnis nimmt, welche Beträge Deutschland für seine Einigung aufgebracht hat und jedes Jahr für den europäischen Haushalt aufbringt, sind das alles die sprichwörtlichen "peanuts". Mit diesen peanuts könnte man international aber viel erreichen und sich ein hohes Ansehen verschaffen.

Selbst das Ziel von 0,7 Prozent ist keineswegs außerhalb jeder Schußweite. 14 Mrd. sind zwar kein Pappentier, ein Beschluß Deutschlands aber, sich diesem Ziel langfristig konsequent und verbindlich anzunähern, wäre ein außerordentliches Signal an die internationale Staatengemeinschaft. Würde man bei einem Wachstum von 2 ½ Prozent die jährlichen Zahlungen an die Entwicklungsländer nur um 5 Prozent steigen lassen, wäre die akute Belastung ganz gering, schon 2030 aber hätte man eine Marke von 0,55 Prozent erreicht. Wenn man bedenkt, wie leicht die deutschen Politiker bei der Rentenreform bis zu diesem Jahr voraus gedacht haben, dürfte eine langfristige Entscheidung über eine globale strategische Position Deutschlands nicht schwer fallen.

Schließlich, und das ist das Wichtigste, sollte niemand glauben, eine solche Leistung sei schlicht ein Geschenk und unmittelbar verlorenes Geld. Ein Großteil des Geldes, das zeigen viele Untersuchungen internationaler Organisationen, fließt in der ein oder anderen Form wieder zurück in die Industrieländer. Wer aufholen will, braucht Güter, insbesondere Maschinen und Anlagen, aus den Ländern, die vor ihm liegen. Wer sich in einem erfolgreichen Aufholprozeß befindet, kauft in der Regel bis an die Grenze seiner Kreditwürdigkeit Konsumgüter in den Ländern, die an der Spitze der Einkommens- und Produktivitätspyramide stehen. Das Problem aller Entwicklungsländer besteht darin, daß sie dazu neigen, zu viele Güter im Norden zu kaufen und nicht zu wenige. Entwicklungshilfe und Schuldenerlaß sollten für die ärmeren Länder immer Hilfe zur Selbsthilfe sein. In der Tat sind sie aber immer auch Selbsthilfe für die Geberländer. Würden sich viele Länder dem deutschen Beispiel anschließen, wäre die Hilfe für die Entwicklungsländer zugleich ein Wachstumsprogramm für die gesamte Weltwirtschaft.